



# Die Pandemie der Ungleichheit

## Verteilungseffekte der COVID-19-Krise

von Timo Dziggel

Die COVID-19-Pandemie trifft Arm und Reich unterschiedlich hart. Reiche blieben vom Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten bislang relativ unberührt. Sie profitierten sogar von der Geldschwemme der Zentralbanken, dem Boom auf den Aktienmärkten und dem damit einhergehenden Anstieg der Vermögenswerte. Allein die **Zahl der Milliardär\*innen** stieg seit Anfang 2020 um 660 auf 2.755 weltweit. Ihr Vermögen wuchs binnen eines Jahres um über 5 Billionen US-Dollar auf 13,1 Billionen US-Dollar.

Dagegen schadet die Pandemie vor allem den Armen. Sie arbeiten eher in Berufen mit direktem Kontakt zu Menschen, leiden häufiger unter Vorerkrankungen, leben eher in beengten Wohnverhältnissen und genießen seltener das Privileg des Home Office. Daher infizieren sie sich eher mit dem Coronavirus und **sterben auch häufiger daran**.

1,6 Milliarden Arbeiter\*innen im informellen Sektor wurden durch Ausgangssperren besonders **schwer getroffen**. Der weltweite Beschäftigungsrückgang auf dem formellen Arbeitsmarkt entsprach im dritten Quartal

2021 – nach Monaten der Erholung – immer noch dem Verlust von **137 Millionen Vollzeitjobs**. Davon betroffen sind vor allem vulnerable Gruppen, insbesondere junge Menschen, Angehörige von Minderheiten und Frauen. Im globalen Süden konnten Einkommenseinbußen nicht durch eine aktive Sozialpolitik seitens der Staaten ausgeglichen werden. Die Zahl der Menschen, die dort in extremer Armut leben, stieg allein 2020 **um mindestens 100 Millionen**.

Es liegt auf der Hand, dass sich die Corona-Pandemie auf die Ungleichheit zwischen Arm und Reich auswirkt. Endgültige Daten liegen dazu noch nicht vor, aber erste Schätzungen und Prognosen deuten darauf hin, dass die Schere weiter auseinander geht. Dieses Briefing gibt einen Überblick über die Auswirkungen der Pandemie auf die materielle Ungleichheit, und damit auch auf die Verwirklichung des Ziels 10 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, mit dem sich die Regierungen zur Reduzierung der Ungleichheit verpflichtet haben. Es adressiert ferner die mittelbaren Auswirkungen der zunehmenden Ungleichheit auf angrenzende Zielvorgaben der Agenda 2030.

### Trendwende bei der Einkommensungleichheit

Als Reaktion auf die Pandemie verabschiedeten viele Staaten des globalen Nordens Maßnahmen zur Unterstützung vulnerabler Gruppen. Diese Maßnahmen haben auch Auswirkungen auf die

Einkommensungleichheit. Zwischen Januar und September 2020 **sank sie** etwa in Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien. Dabei stieg die Ungleichheit unmittelbar nach Ausbruch der Pan-

demie an und sank im Anschluss aufgrund der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen auf vorpandemische Niveaus. Die Abnahme der Einkommensungleichheit in Deutschland führt Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW 2021, S. 315) allerdings überwiegend auf die rückläufigen Einkommen gemeinhin gutverdienender Selbstständiger zurück.

Jedoch konnten nicht alle Staaten des globalen Nordens die negativen Verteilungseffekte der Pandemie ausgleichen. In Schweden etwa ist die Einkommensungleichheit seit Beginn der Pandemie gestiegen, auch wenn der Anstieg durch staatliche Eingriffe abgemildert wurde. Im globalen Süden blieben umfangreiche staatliche Hilfsmaßnahmen oftmals angesichts der prekären Haushaltslage aus, während die Strategien der Pandemiebekämpfung ähnlich restriktiv ausfielen wie in den reicheren Ländern. Dürftige 0,4 Prozent der globalen fiskalpolitischen Wiederaufbauprogramme entfielen auf Staaten mit niedrigem Einkommen (ILO 2021, S. 13). Es ist daher damit zu rechnen, dass dort die Ungleichheit der Einkommen im selben Zeitraum beachtlich gestiegen ist. Vorläufige Daten der Weltbank unterstreichen diese Befürchtung.

Die Ungleichheit innerhalb von Staaten ist nur ein wichtiger Aspekt der Ungleichheit. Ein anderer ist die Ungleichheit zwischen Staaten. Man nahm zunächst an, dass sich die zwischenstaatliche Einkommensungleichheit durch die Pandemie reduzieren würde. Denn auch aufgrund einer höheren Sterblichkeit erlitten die Staaten des globalen Nordens einen unmittelbar stärkeren Schock, was den Staaten des globalen Südens, zumindest kurzfristig, einen relativen Vorteil bescherte. Aber ungeachtet dessen nahm die (bevölkerungsgewichtete) zwischenstaatliche Einkommensungleichheit im Jahr 2020 zu – nachdem sie vor allem aufgrund des Wirtschaftswachstums von China und Indien zuvor über 20 Jahre lang gesunken war. Nach Schätzungen der Weltbank dürfte der Anstieg der zwischenstaatlichen Ungleichheit im Jahr 2021 sogar noch stärker ausfallen als im ersten Jahr der Pandemie.

Auch hinsichtlich der globalen Einkommensungleichheit, bei der die Ungleichheit zwischen allen Menschen der Welt gleichgewichtet betrachtet wird, läutet die Pandemie aller Voraussicht nach eine Trendumkehr ein.<sup>1</sup> Die Weltbank rechnet damit, dass die globale Einkommensungleichheit

erstmalig seit über zwanzig Jahren wieder steigt. Dasselbe gilt auch (wie bereits 2020 prognostiziert) für die Einkommensungleichheit innerhalb der Europäischen Union.

## Vermögensungleichheit wächst

Was für die Entwicklung der Einkommensungleichheit seit Beginn der Pandemie gilt, gilt in ähnlicher Weise auch für die Entwicklung der Vermögensungleichheit. Während sich mittlerweile mehr als 250 Millionen Menschen mit dem SARS-CoV-2-Erreger infizierten (Stand November 2021), bezeichnet Credit Suisse das Wachstum von Vermögenswerten im Global Wealth Report 2021 als „weitgehend immun“ (S. 5) gegenüber den Herausforderungen der Krise.

Tatsächlich erlebten die Finanzmärkte in der Corona-Krise einen beispielhaften Boom. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf das niedrige Zinsniveau und die Liquiditätsschwemme, die die Spekulation an den Finanzmärkten befeuerten. So wuchs das globale Vermögen im Jahr 2020 um 7,4 Prozent. Dabei wuchsen die Vermögenswerte um 11,6 Prozent mehr als die Wirtschaftsleistung (Allianz 2021, S. 2). Die Zahl der Dollar-Millionär\*innen erhöhte sich um 5,2 Millionen Menschen (ebd., S. 28). Allein in den USA wuchs das Vermögen der Milliardär\*innen um unvorstellbare 2,1 Billionen US-Dollar. Die mittleren Vermögensklassen hingegen schrumpften im Jahr 2020 in vielen Staaten (Allianz 2021, S. 28f). Entsprechend stieg die Vermögensungleichheit in vielen Ländern, u.a. in Brasilien, China, Indien, Japan, Russland, Großbritannien, Frankreich und auch in Deutschland (Credit Suisse 2021, S. 24).

Ähnlich eindeutig ist das Bild auch bei der Entwicklung der globalen Vermögensungleichheit. Sowohl der Gini-Index der globalen Vermögensverteilung als auch die Vermögensanteile der reichsten 10 Prozent, 5 Prozent und des reichsten 1 Prozent stiegen im Jahr 2020 (ebd., S. 25). Der Gini-Index war zuvor über 20 Jahre gefallen. Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung besitzen nunmehr zwischen 82 und 84 Prozent des Vermögens, das reichste Prozent allein zwischen 41 und 45 Prozent. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt hingegen weniger als 1 Prozent des weltweiten Vermögens (Allianz 2021, S. 28).

<sup>1</sup> Die globale Einkommensungleichheit setzt sich zusammen aus Daten zu innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Einkommensungleichheit.

## Düstere Prognosen zur weiteren Entwicklung der Ungleichheit

Die großen **Pandemien des zwanzigsten Jahrhunderts**, darunter die Spanische Grippe, haben die Ungleichheit der Einkommen verringert. In ihnen starben viele junge Menschen, was zu Arbeitskräftemangel und **steigenden Löhnen** führte. Die **Pandemien der letzten 20 Jahre** – u. a. SARS, H1N1, MERS und Ebola – haben die Einkommensungleichheit in den betroffenen Regionen hingegen allesamt verstärkt. Dabei galt, je gravierender die Pandemie, desto stärker die Verteilungseffekte. Da an COVID-19 vor allem ältere Menschen sterben, wirkt sich das kaum auf das Angebot an Arbeitskräften aus. Aus historischer Perspektive ist daher anzunehmen, dass die gegenwärtige Pandemie die Ungleichheit auch langfristig vergrößern wird.

Noch bestehen im globalen Norden egalisierende Tendenzen in Form staatlicher Hilfsmaßnahmen. Gleichzeitig wirken die andauernde Rezession, der Verlust von Millionen von Jobs sowie die Beeinträchtigungen im Bildungssystem polarisierend. Je länger die Rezession anhält, **desto stärker ist diese Wirkung**. So warnt das DIW (2021, S. 308) vor einer Verschärfung der Ungleichheit in Deutschland durch den Wegfall von Arbeitsplätzen und eine steigende Zahl an Insolvenzen.

Besonders schwer wiegen indes die Folgen von Schulschließungen. Es ist damit zu rechnen, dass Kinder aus armen Haushalten **größere Lernrückstände** verzeichnen. Langfristig dürfte sich diese Verschärfung der Chancenungleichheit auf die Entwicklung der materiellen Ungleichheit durchschlagen. Für die Entwicklung der Ungleichheit im globalen Norden ist es daher entscheidend, inwiefern die Staaten Corona-Hilfen und Bildungspolitik auf vulnerable Gruppen ausrichten und der Verschärfung der Ungleichheit aktiv entgegenwirken – wie es auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuen Jahresgutachten (2021, S. 246) festhält.

Im globalen Süden hingegen werden sich Rezession, Jobverlust und Bildungseinbußen nahezu ungebremst auf die materielle Ungleichheit auswirken. Dort sind die Spielräume für expansive fiskalpolitische Maßnahmen auch aufgrund oftmals **hoher Staatsschulden** deutlich geringer als in den Ländern des globalen Nordens (Allianz 2021, S. 30). Auch Schulschließungen treffen Kinder aus armen Haushalten im globalen Süden härter, weil die Möglichkeiten des Online-Unterrichts äußerst beschränkt und die finanziellen Ressourcen der

Eltern durch die Pandemie stärker beeinträchtigt sind. Hinzu kommt die globale Ungleichverteilung der Corona-Impfstoffe, die die **Rezession im globalen Süden** verlängern wird.

Damit nicht genug, dass die Ungleichheit *in* den Ländern des globalen Südens zunehmen wird. Impfstoffungleichheit und unterschiedliche fiskalpolitische Handlungsoptionen tragen dazu bei, dass sich die Wirtschaft im globalen Norden schneller erholt als im globalen Süden. Dadurch wird die zwischenstaatliche Ungleichheit weiter steigen. Die Pandemie beschleunigt zudem Entwicklungen in den Bereichen Digitalisierung und künstliche Intelligenz, die einen Standortvorteil des globalen Südens, günstige Arbeitskräfte, entwerten. Das schränkt die Wachstumschancen vor Ort zusätzlich ein. Gleiches gilt für den im globalen Norden zu erwartenden Investitionsboom im Bereich nachhaltiger Technologien (Allianz 2021, S. 23).

## Die Folgen der wachsenden Ungleichheit

Es gibt viele gute Argumente, Ungleichheit, insbesondere in ihrem derzeitigen Ausmaß, abzulehnen und ihre Bekämpfung zum prioritären Politikziel zu erklären. Diese Argumente nehmen entweder eine Perspektive der Gerechtigkeit oder eine instrumentelle Perspektive ein. Gerechtigkeitsorientierte Argumente laufen darauf hinaus, dass Ungleichheit intrinsisch, d.h. an sich schlecht ist. Instrumentelle Argumente betonen hingegen die schädlichen Folgen von Ungleichheit. Die Entwicklungsagenda der UN hat sowohl eine intrinsische als auch eine instrumentelle Dimension. Im Folgenden wird entlang intrinsischer, ökonomischer, sozialer und ökologischer Achsen prognostiziert, wie sich die steigende Ungleichheit auf die Agenda 2030 und die Implementierung der SDGs auswirken wird.

## Ungleichheit aus Gerechtigkeitsperspektive

Die Agenda 2030 basiert auf dem globalen Grundkonsens, dass die Reduktion der Ungleichheit ein zentrales Ziel nationaler Politik sowie internationaler Zusammenarbeit ist. Die Verringerung der Ungleichheit ist in der Agenda als explizites Ziel formuliert worden (SDG 10). Sie ist zugleich ein Querschnittsthema, das sich durch die gesamte Agenda zieht und sich auch in ihrem Leitmotiv „Leave no one Behind“ widerspiegelt. Für die Agenda 2030 ist Reduktion von Ungleichheit also

ein normatives Grundprinzip – kein Zweck, sondern ein gerechtigkeitsorientiertes und menschenrechtsbasiertes Ziel an sich. Die Verschärfung der Ungleichheit durch die Pandemie läuft diesem Ziel zuwider.

Argumente aus Gerechtigkeitsperspektive beziehen sich zumeist auf Bedarf, Chancengleichheit oder Leistung. Aus der Perspektive des Bedarfs sind Hunger und Armut unter den Bedingungen von Überfluss ungerecht. Mehr noch, in einer Welt des Überflusses stellt der Fortbestand von Armut und Hunger eine bewusste (politische) Entscheidung dar.

Ähnlich verhält es sich mit dem Verweis auf Chancengleichheit. Ob man selbst arm oder reich ist, hängt maßgeblich davon ab, ob man als Kind armer oder reicher Eltern, in einem armen oder in einem reichen Land geboren wurde. Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien besuchen in Deutschland bei gleichen Leistungen um **60 Prozent** seltener das Gymnasium als Kinder aus sozioökonomisch bessergestellten Familien. Mit Chancengleichheit hat das nichts zu tun.

Bestehende Ungleichheiten durch Leistungsunterschiede zu legitimieren, greift ohne hinreichende Chancengleichheit zu kurz. In einer Welt, in der ungleiche Lebenschancen in hohem Maße auf Kolonialismus, Rassismus, Sexismus oder Klassismus beruhen, muten Verweise auf die Leistung naiv oder gar zynisch an. Seit Beginn der Pandemie wurde das Narrativ der Leistungsgerechtigkeit unter dem Schlagwort der Systemrelevanz neu verhandelt – bisher folgenlos. So fragte der Soziologe **Jürgen Gerhards im Tagesspiegel** angesichts des enormen Einkommensgefälles selbst in Deutschland: „Leistet ein Spitzenfußballer tatsächlich das 1300-fache einer Krankenschwester in Coronazeiten?“

### Ökonomische Folgen steigender Ungleichheit

Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit werden noch immer gelegentlich mit dem Verweis auf Wachstumseinbußen abgelehnt. Seit den 1970er Jahren herrscht in den Wirtschaftswissenschaften die Vorstellung eines Zielkonflikts zwischen Effizienz und Gleichheit vor. Damals prägte der Ökonom Arthur Okun (1975, S. 89) für Umverteilung das Bild eines löchrigen Eimers. Umverteilung würde Anreize senken und somit den zu verteilenden Kuchen verkleinern. Noch heute vertreten

einige Ökonom\*innen die Auffassung, dass Ungleichheit einen goldenen Schweif des Wachstums hinter sich her trüge.

Die wissenschaftliche Evidenz spricht allerdings eine andere Sprache. Inzwischen weiß man, dass der Effekt von Ungleichheit auf wirtschaftliches Wachstum zumindest von drei Faktoren abhängt: dem **Ausmaß der Ungleichheit**, dem **Wohlstandsniveau** und dem betrachteten **Zeitraum**. Empirisch zeigt sich, dass die Wirtschaft in ungleichen Gesellschaften **langsamer und instabiler wächst**. Umverteilung weist – wenn überhaupt – **wachstumsfördernde Effekte** auf. Mit anderen Worten, zu hohe Ungleichheit ist ein Hemmschuh für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum (SDG 8).

Der wachstumshemmende Effekt von Ungleichheit wird über diverse Kanäle vermittelt. Hohe Ungleichheit verstärkt **protektionistische Tendenzen** in der Handelspolitik, führt zu Rent-Seeking und gefährdet die **Bereitstellung öffentlicher Güter**. Insbesondere **Investitionen in Bildung** (SDG 4) kommen zu kurz. Entgegen der weitläufigen Annahme, dass Ungleichheit notwendige Leistungsanreize setzt, kommen einige **empirische Studien** zu dem Schluss, dass sie Leistungsanreize schmälert.

Ungleichheit wird seit der globalen Finanzkrise 2008–2009 zudem vermehrt mit makroökonomischer Instabilität in Verbindung gebracht. So neigen reiche Menschen zu **riskanteren Vermögensanlagen**, was das systemische Risiko auf den Finanzmärkten erhöht. Da Ungleichheit auch den **Statuswettbewerb** steigere, ließen sich mittlere Einkommensklassen dazu verleiten, ihre fehlende Kaufkraft durch Kreditaufnahme auszugleichen. Die Ausweitung unproduktiver Kredite kann sich aber katastrophal auswirken, wenn sie – wie im Vorfeld der letzten globalen Finanzkrise geschehen – durch deregulierte Finanzmärkte befeuert wird (Rajan 2010).

Ungleichheitsbedingte Wachstumseinbußen haben offensichtlich schädliche Konsequenzen für eine Reihe von Zielen der Agenda 2030, insbesondere die Bekämpfung von Armut (SDG 1) und Hunger (SDG 2) sowie die Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5). So können Staaten mit geringerer Einkommensungleichheit größere **Erfolge bei der Reduktion von Armut** aufweisen als ungleichere. Im Jahr 2020 rechnete die **Weltbank** noch vor, dass eine einprozentige Reduktion der Ungleichheit eine höhere Armutsreduktion erwarten lasse als eine einprozentige Erhöhung des Einkommens.

## Politische Folgen steigender Ungleichheit

Ungleichheit zieht aber nicht nur ökonomische, sondern auch politische, soziale und ökologische Folgen nach sich. „We may have democracy, or we may have wealth concentrated in the hands of a few, but we cannot have both“, hat einst der amerikanische Jurist **Louis Brandeis** die politischen Folgen materieller Ungleichheit auf den Punkt gebracht. Mit aktuellerem Bezug argumentiert Jason Stanley (2015), dass Ungleichheit zu Wissensasymmetrien führt, die die Funktionsfähigkeit demokratischer Regime untergraben (SDG 16).

Höhere Ungleichheit geht, insbesondere bei den Armen, mit weniger politischem Engagement und **geringerer Wahlbeteiligung** einher. Über Lobbyismus, Parteienfinanzierung und Korruption beeinflussen die Reichen die politische Agenda (Stiglitz 2012). Als Folge davon sind politische Entscheidungen, u. a. in **Deutschland** und den **USA**, erheblich zugunsten der Wohlhabenden verzerrt. Nicht verwunderlich ist daher, dass das **Vertrauen in demokratische Prozesse** in ungleichen Staaten geringer ist. Beunruhigend ist darüber hinaus, dass die wachsende Ungleichheit im Zusammenhang mit **zunehmender politischer Polarisierung** steht.

## Soziale Folgen steigender Ungleichheit

Die sozialen Folgen materieller Ungleichheit wurden bereits Ende der 2000er Jahre prominent diskutiert. Kate Pickett und Richard Wilkinson (2009) sorgten mit dem Befund für Aufsehen, wonach gleiche Gesellschaften gesünder seien als ungleiche. Dies gilt u.a. für Indikatoren der individuellen Gesundheit und Lebenserwartung (SDG 3). Aber auch in puncto Bildung (SDG 4), sozialer Mobilität, Vertrauen sowie Gewalt und Kriminalität (SDG 16) schneiden gleichere Gesellschaften besser ab.

Eine wichtige Rolle bei der Erklärung dieses Zusammenhangs kommt dem sozialen Status zu. Unter Bedingungen hoher Ungleichheit steigt der Statuswettbewerb und mit ihm die Angst vor sozialem Abstieg. Die Folge ist **Stress**, der sich schädigend auf das körpereigene Immunsystem auswirkt. Die gegenwärtige Pandemie dient als traurige Bestätigung der Befunde von Pickett und Wilkinson. Mehrere Studien belegen einen positiven Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und der COVID-19-Sterberate (**Elgar et al. 2020; Tan et al. 2021; Davies 2021; Wildman 2021; Gu 2021**).

## Ökologische Folgen steigender Ungleichheit

Auch aus ökologischer Perspektive stellt Ungleichheit ein Problem dar. Nicht nur emittieren die einkommensstärksten 10 Prozent knapp die  **Hälfte der globalen Treibhausgase**. Höhere Einkommensungleichheit steht auch in signifikantem Zusammenhang mit **Biodiversitätsverlust** (SDG 15). Einige Untersuchungen deuten zudem darauf hin, dass Staaten mit geringerer materieller Ungleichheit eine bessere **Luft- und Wasserqualität** aufweisen (SDG 6) und im Vergleich zu Staaten mit größerer Ungleichheit weniger Treibhausgase emittieren (SDG 13) (**Knicht et al. 2017; Baloch et al. 2018; Liu et al. 2019**).

Als eine Ursache dieses Zusammenhangs gilt erneut der gesteigerte Statuswettbewerb. Dieser führe zu mehr **Statuskonsum**, was den Ressourcenverbrauch erhöhe. Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive ist das höchst ineffizient. Da Status ein relatives Gut ist, sind die Statusgewinne der einen die Statusverluste der anderen – bei größerem ökologischem Fußabdruck. Erhöhter Statuswettbewerb steht zudem einer **Arbeitszeitverkürzung** im Wege.

**Andere Erklärungsansätze** sind eher politökonomischer Natur. So steigt mit steigender Ungleichheit die Möglichkeit der Reichen, die Kosten ihres umweltschädlichen Lebensstils auf die Gemeinschaft abzuwälzen. Die sozialen Auswirkungen der Ungleichheit schwächen zudem die Resilienz von Gemeinschaften und untergraben gesellschaftliche Kooperation. Notwendige Klimaschutzmaßnahmen sind so schwieriger durchzusetzen.

## Fazit

Im Zuge der COVID-19-Pandemie nehmen inner- und zwischenstaatliche Ungleichheit zu. Damit wird die Weltgemeinschaft nicht nur im Hinblick auf das Ziel, Ungleichheiten zu verringern, zurückgeworfen (SDG 10). Die ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Folgen von Ungleichheit beeinträchtigen auch die Verwirklichung einer Reihe weiterer Ziele der Agenda 2030. Dazu zählen die Bekämpfung von Armut (SDG 1) und Hunger (SDG 2), Gesundheit (SDG 3), Bildung (SDG 4), Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5), Wasser (SDG 6), Wirtschaftswachstum (SDG 8), nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen (SDG 12), Klimawandel (SDG 13), Biodiversität (SDG 15) sowie Frieden und Demokratie (SDG 16).

Dabei sind **notwendige Gegenmaßnahmen** zur Reduzierung von Ungleichheit bekannt. Die überwiegende Mehrheit der Menschen würde davon profitieren. In Deutschland befürwortet eine Mehrheit fiskalpolitische Maßnahmen zur Reduzierung von Ungleichheit. Bei einer **Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes forsa** hielten es 62 Prozent der Befragten für wichtig, sehr hohe Vermögen, Erbschaften und Einkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen.

Die Reduzierung von Ungleichheit nimmt eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer Ziele ein. Dies muss sich auch in der Nachhaltigkeitskommunikation widerspiegeln. Dabei geht es auch darum, die Wechselwirkungen zwischen den Zielen aufzuzeigen. Insbesondere der Zusammenhang von Ungleichheit und Klima muss in Zukunft deutlicher kommuniziert werden. Die Botschaft muss lauten: Ohne eine Strategie zur Reduzierung von Ungleichheiten ist effektiver Klimaschutz unmöglich.

Progressive gesellschaftliche Akteure sollten diese Debatte führen und prägen. Die politischen Antworten auf die Pandemie eröffnen Handlungsmöglichkeiten, die genutzt werden sollten. Und das schnell, bevor die Chance vertan ist. So scheinen die **Pläne von US-Präsident Biden**, die Reichen stärker zu besteuern, bereits gescheitert. Immerhin hat Argentinien kürzlich eine **einmalige Vermögensabgabe** für Reiche beschlossen. Auch die neue Bundesregierung sollte angesichts der Herausforderungen von Pandemie und Klimawandel das Ziel der Reduzierung von Ungleichheit ins Zentrum ihrer Politik stellen. Auf globaler Ebene gilt es in diesem Zusammenhang auch, die Ungleichheit beim Zugang zu Impfstoffen schnellstmöglich zu adressieren, um die **Pandemie der Ungleichheit** einzudämmen.

## Literaturhinweise

**Obenland, Wolfgang (2018):** Ungleichheiten verringern! SDG 10: Schlüssel zur Verwirklichung der Agenda 2030. Global Policy Forum.

**Okun, Arthur (1975):** Equality and Efficiency: The Big Tradeoff. Brookings Institution Press 2015.

**Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2018):** The Inner Level. Allen Lane.

— (2009): The Spirit Level: Why more equal societies almost always do better. Allen Lane.

**Rajan, Raghuram (2010):** Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy. Princeton University Press.

**Rodrik, Dani/Stantcheva, Stefanie (2021):** A Policy Matrix for Inclusive Prosperity. Economics for Inclusive Prosperity Research Brief.

**Stanley, Jason (2015):** How Propaganda Works. Princeton University Press.

**Stiglitz, Joseph (2012):** The Price of Inequality. W.W. Norton & Company.

## Websites

[Website](#) der World Inequality Database.

[Website](#) des Global Policy Forums zur Agenda 2030.

[Website](#) des BMZ zu SDG 10.

Interaktives [Tool](#) der OECD zum Thema Einkommensungleichheit.

Interaktives [Tool](#) der Zeit und des Forschungszentrums Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen (socio) zum Thema Vermögensungleichheit.

## Impressum

### Die Pandemie der Ungleichheit.

Verteilungseffekte der COVID-19-Krise

#### Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.  
Königstraße 37a, 53115 Bonn  
Tel. 0228 96 50 510  
europe@globalpolicy.org  
www.globalpolicy.org  
Kontakt: Jens Martens

#### Autor: Timo Dziggel

**Redaktion:** Jens Martens

**Redaktionelle Mitarbeit:** Bodo Ellmers

**Gestaltung:** www.kalinski.media

Bonn, Dezember 2021

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Weichenstellung 2020**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.